Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa

Abteilung 2 - Arbeit

Hr. Holland-Moritz

Hutfilterstraße 1 - 5

28195 Bremen

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der**

**BAP-Intervention C 1.1.6 Typ A „Chance betriebliche Ausbildung“**

Ich / wir plane(n), einen Ausbildungsplatz mit einem/einer Auszubildenden gemäß dem BAP-Interventionsblatt C 1.1.6 Typ A „Chance betriebliche Ausbildung“ zu besetzen.
Auf Grundlage der BAP-Intervention beantrage ich eine Zuwendung in Höhe von

[ ]  3.000 €, da die Ausbildungsvergütung einen Betrag von 462,99 € nicht übersteigt,

[ ]  4.000 €, da die Ausbildungsvergütung zwischen 463,00€ und 578,99 € liegt,

[ ]  5.000 €, da die Ausbildungsvergütung 579,00€ und höher beträgt.

Die Tabelle „Angaben zum Antrag“ habe ich vollständig ausgefüllt. Mir ist bekannt, dass

* die Antragstellung vor dem Abschluss eines Ausbildungsverhältnisses erfolgen muss und
* das Ausbildungsverhältnis erst nach Erhalt der schriftlichen Zustimmung der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa beginnen und rechtsgültig unterschrieben werden darf.

Ferner ist mir bekannt, dass

* die Gewährung der Zuwendung aus öffentlichen Mitteln des Landes Bremen erfolgt,
* eine Bewilligung nur im Rahmen der verfügbaren Mittel gewährt werden kann,
* auf die beantragte Zuwendung kein Rechtsanspruch besteht und bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses vor Ablauf der Probezeit die Zuwendung nicht ausgezahlt wird.

[ ]  Die Informationen des BAP-Interventionsblatt - C 1.1.6 Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen und des Informationsblattes „Informationsblatt zur Umsetzung von Vereinfachungsoptionen: Standardeinheitskosten (SEK) in der Intervention „Chance betriebliche Ausbildung“ (SEK CBA) habe ich zur Kenntnis genommen.

[ ]  Eine Kopie des rechtsverbindlich unterschriebenen Ausbildungsvertrages sowie einen Nachweis über die Eintragung des Ausbildungsverhältnisses bei der zuständigen Kammer reiche umgehend nach dessen Erhalt ein.

[ ]  Mir ist bekannt, dass ohne diese Unterlagen **keine Zuwendung** ausgezahlt werden kann.

**Angaben zum / zur Antragsteller/Antragstellerin:**

|  |  |
| --- | --- |
| Name des Unternehmens |       |
| Rechtsform des Unternehmens |       |
| Betriebsinhaber/in |       |
| Straße |       |
| PLZ/Ort |             |
| Branche / Gewerbe |       Liste  |
| Ausbildungsbetrieb seit |       |
| Beschäftigte im Betrieb[[1]](#endnote-1) | [ ]  1 bis 10 [ ]  11 bis 30 [ ]  31 bis 50 [ ]  über 50 |
| [ ]  Ich verpflichte mich zur Einhaltung des am 1. September 2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes in der jeweils gültigen Fassung. Dementsprechend verpflichte ich mich, meinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den durch das Gesetz festgelegten Mindestlohn je Zeitstunde zu zahlen. Ich erkenne das BAP-Informationsblatt - Mindestlohn in seiner jeweils gültigen Fassung verbindlich an. |
| Findet die Ausbildung auf einem zusätzlich geschaffenen Ausbildungsplatz statt?  | [ ]  ja [ ]  nein |
| Hiermit bestätige ich, dass in meinem Betrieb die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten werden. | [ ]  ja [ ]  nein  |
| Hiermit bestätige ich, dass in meinem Betrieb Verbindlichkeiten gegenüber den Sozialkassen und dem Finanzamt regelmäßig kurzfristig beglichen werden | [ ]  ja [ ]  nein |
| Betriebsnummer (von der Bundesagentur für Arbeit vergeben)  |        |
| Registereintrag im  |  | Registernummer  |       |
| Ort d. Registergerichts  |  | Gründungsdatumdes Betriebes  |       |
| Telefonnummer |       | E-Mail |       |
| Ansprechpartner/-in |       |
| Bankverbindung |       |
| BIC |       |
| IBAN |       |

**Angaben zum/zur Auszubildenden:**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Name |       | Vorname |       |
| Geburtsdatum |       | Geschlecht |       |
| PLZ / Wohnort[[2]](#endnote-2) |             | Straße |       |
| Staatsangehörigkeit |        |
| Hat der/die Auszubildende einen Migrationshintergrund? [[3]](#endnote-3) | [ ]  ja [ ]  nein |
| Ist der/die Auszubildende eine Person im Kontext von Fluchtmigration (PKF)[[4]](#endnote-4) | [ ]  ja [ ]  nein |
| Ist der/die Auszubildende körperlich beeinträchtigt.  |  |
| Ist der/die Auszubildende alleinerziehend? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Ist der/die Auszubildende arbeitslos gemeldet? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Art des Leistungsbezugs[[5]](#endnote-5) |  | Dauer der Arbeitslosigkeit |  |
| Lebt der/die Auszubildende in einem Einzelhaushalt? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Lebt der/die Auszubildende in einem Erwerbslosenhaushalt? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Wenn ja, leben dort unterhaltsberechtigte Personen? | [ ]  ja [ ]  nein |

**Angaben zum Ausbildungsverhältnis:**

|  |  |
| --- | --- |
| Angestrebter Ausbildungsberuf nach BBiG/HWOBei zweijährigen Berufen bitte Begründung angeben |       |
| Reguläre Dauer der Ausbildung (in Jahren) |       |
| Geplanter Ausbildungsbeginn |       |
| Hiermit bestätige ich, dass der Ausbildungsvertrag noch nicht geschlossen wurde und erst nach einer schriftlichen Bewilligung abgeschlossen wird | [ ]  ja [ ]  nein  |
| Beendigung der Probezeit |       |
| Wochenarbeitszeit in Stunden |       | Urlaubsanspruch pro Jahr in Tagen  |       |
| Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung |       |
| Die Ausbildungsvergütung entspricht … |  |
| Angaben zum Tarifvertrag (falls vorhanden) |       |
| Wenn die Ausbildungsvergütung weder einem Tarifvertrag, einer Kammerempfehlung oder der branchenüblichen Ausbildungsvergütung entspricht, begründen Sie bitte, warum die Förderung dennoch beantragt wird:        |
| Hat der/die Auszubildende eine Ausbildung abgeschlossen? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Ist der/die Auszubildende zu Beginn der Ausbildung älter als 25 Jahre? | [ ]  ja [ ]  nein |

|  |
| --- |
| Falls der/die Auszubildende über 25 Jahre alt ist, begründen Sie bitte, warum die Förderung dennoch beantragt wird:      |
| Ist der/die Auszubildende mit dem/der Betriebsinhaber/in verheiratet oder im ersten Grad verwandt? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Hat der/die Auszubildende im Betrieb bereits eine Einstiegsqualifizierung (EQ) von mehr als sechs Monaten in ihrem Unternehmen absolviert? | [ ]  ja [ ]  nein |
| Werden die Ausbildungskosten bereits aus anderen Bundes-, Landes- oder kommunalen Programmen gefördert bzw. ist die Förderung beantragt? | [ ]  ja [ ]  nein |

**Angaben zum Schulabschluss:**

|  |  |
| --- | --- |
| Art des letzten Schulabschlusses |  |
| Datum des letzten Schulabschlusses  |       |
| Der Schulabschluss liegt zum Zeitpunkt des Ausbildungsbeginns mindestens ein Jahr zurück. | [ ]  ja [ ]  nein |

**Dem Antrag habe ich die folgenden verpflichtenden Unterlagen und Nachweise beigefügt:[[6]](#endnote-6)**

|  |  |
| --- | --- |
| Kopie des letzten Schulabschlusses | [ ]  |
| „De-Minimis“ Erklärung des Antragstellers | [ ]  |
| Eine Bescheinigung der zuständigen Kammer über die Zusätzlichkeit des Ausbildungsplatzes | [ ]  |
| Eine Bescheinigung, dass der Ausbildungsplatz nicht durch das Programm „Azubi plus“ des Jobcenters gefördert wird  | [ ]  |
| Erklärungen zum Projekt | [ ]  |
| Erklärung zur Unterschriftsberechtigung | [ ]  |
| Erklärung zur Datenspeicherung | [ ]  |
| Weitere Unterlagen:       | [ ]  |

Ich versichere, dass ich die Antragsbedingungen gemäß BAP-Interventionsblatt C 1.1.6 Typ A „Chance betriebliche Ausbildung“ und gemäß BAP-Informationsblatt „Informationsblatt zur Umsetzung von Vereinfachungsoptionen: Standardeinheitskosten (SEK) in der Intervention „Chance betriebliche Ausbildung“ (SEK CBA)“ zur Kenntnis genommen habe und bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|             |  |  |
| Ort/Datum |  | Unterschrift / Stempel |

1. Bitte kreuzen Sie an, wie viele Personen in ihrem Betrieb beschäftigt sind. [↑](#endnote-ref-1)
2. Der Wohnort der/des Auszubildenden muss im Bundesland Bremen liegen. [↑](#endnote-ref-2)
3. Als Menschen mit Migrationshintergrund werden jene Personen erfasst, bei denen mindestens ein Elternteil Deutsch nicht als Muttersprache spricht oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde, eine nichtdeutsche Nationalität hat oder eingebürgert wurde. [↑](#endnote-ref-3)
4. **Was sind PKF?**

Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit: „Personen im Kontext Fluchtmigration“ (PKF) sind Ausländerinnen und Ausländer mit einer **Aufenthaltsgestattung**, einer **Aufenthaltserlaubnis Flucht** oder einer **Duldung**.

**Wie kann der Status PKF erhoben werden?**

**Befragung der Teilnehmenden:**

Um den Fluchthintergrund einer Person pragmatisch zu erheben, **wird nach dem Status der Person gefragt** („Gestattung“, „Duldung“ oder „Aufenthaltserlaubnis“): Bei Beantwortung mit „Gestattung“ und „Duldung“ liegt der Fluchthintergrund auf der Hand. Bei Beantwortung mit „Aufenthaltserlaubnis“ ist zusätzlich zu erfragen, ob die Person bereits einen Asylantrag gestellt hat oder zuvor schon einmal eine Duldung hatte.

**Auskunft über das Ausweisdokument:**

Bei z.B. sprachlichen Problemen kann das **Ausweisdokument der Person** Auskunft über den Status geben. Der Status im Ausweisdokument der PKF kann lauten:

Aufenthaltsgestattung

Duldung

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 1 u. § 26 Abs. 3 AufenthG (Asylberechtigt nach dem GG)

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 2. .1. Altern. und  § 26 Abs. 3 AufenthG (Anerkannt nach Genfer Flüchtlingskonvention)

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 2. .2. Altern. und  § 26 Abs. 4 AufenthG (Subsidiär Schutzberechtigte)

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 3. und  § 26 Abs. 4 AufenthG (Abschiebungsverbot)

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4  (Aufenthalt aus humanitären Gründen oder wg. Außergewöhnlicher Härte)

Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 5 (Aufenthalt wegen Unmöglichkeit der Ausreise)

Aufenthaltstitel nach § 25a (Aufenthalt für gut integrierte Jugendliche bzw. deren Eltern und minderjährige Geschwister)

Aufenthaltstitel nach § 25b (Aufenthalt bei nachhaltiger Integration) [↑](#endnote-ref-4)
5. Erhält der/die Auszubildende Unterstützungen nach dem SGB II oder SGB III ? [↑](#endnote-ref-5)
6. Fügen Sie bitte alle erforderlichen Unterlagen bei. Sofern die Unterlagen nicht vollständig sind, verzögert sich die Bearbeitung des Antrags. [↑](#endnote-ref-6)